

Landesentwicklung und Wohnen

Zu Beginn der Legislaturperiode hat die Grün-Schwarze Landesregierung das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) gegründet. Das elfte Fachministerium. Vollmundig wurde uns versprochen, dass ein neues Ministerium zur Schaffung neuen Wohnraums beiträgt. Auch die Erarbeitung des neuen Landesentwicklungsplan sollte mit dem neuen Ministerium Tempo aufnehmen. Doch nach fast drei Jahren MLW muss man feststellen: Mehr als ein **Tiny House** ist nicht entstanden.

Das Ministerium besteht aus einer Abteilung, die aus dem bestehenden Wirtschaftsministerium herausgerissen wurde. Lange hat das Ministerium gebraucht, um überhaupt arbeitsfähig zu sein. So wurden unsere Anträge oft mit dem Satz „noch im Aufbau beantwortet.“ Nach wie vor wird in den Ausschusssitzungen deutlich, dass das Arbeitspensum in keiner Weise ein eigenes Ministerium rechtfertigt. Wir unterstützen sowohl die Schaffung neuen Wohnraums als auch die Fortschreibung des LEPs, doch sind dies keine Gründe für ein eigenständiges Haus. Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Ministerium nur zur Postenversorgung von Regierungsabgeordneten geschaffen wurde. **Daher plädieren wir nach wie vor für die Abschaffung dieses unnötigen neuen Ministeriums.**

Die Förderlandschaft wurde auch nicht durch das Ministerium vereinfacht. Die Förderprogramme für Wohnraum sind in vier verschiedenen Ministerien beheimatet. Nicht einmal da konnte also eine Bündelung erreicht werden.

INITIATIVEN

- » Möglichkeit einer Gebäudeklasse E [Drucksache 17/4198](#)
- » Typengenehmigung für bauliche Anlagen [Drucksache 17/4637](#)
- » Schaffung von Wohnraum durch Baulandausweisung, Konversion und Lückenschluss, Nachverdichtung sowie Umwidmung [Drucksache 17/4741](#)
- » Absenkung der Grunderwerbsteuer zur Ankurbelung der Bautätigkeit [Drucksache 17/4811](#)

Die Wohnraumschaffung ist eine der dringenden Aufgaben unserer Zeit. Gerade angesichts der steigenden Zahl von Stornierungen dringend benötigter Bauvorhaben muss schnell und kraftvoll gehandelt werden. **Es ist höchste Zeit die LBO von kostentreibenden Vorschriften zu befreien.** Leider beschränkt sich das Ministerium nur auf Ankündigungen. Die Bauwirtschaft im Land wartet vergebens auf die Wiedereinführung der Typengenehmigung und die Aufnahme der Gebäudeklasse E in die LBO. Beides bundesweiter Konsens und Teil der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz.

Beim Landesentwicklungsplan – dem namensgebenden Projekt des Ministeriums – wartet man weiterhin auf Resultate. Nach langem Zögern und Ausweichen hat die Ministerin Ende 2023 erste Eckpunkte dargelegt. Diese können aber nicht mehr als ein erster rudimentärer Aufschlag gesehen werden. Dabei ist der Landesentwicklungsplan ein wichtiges Regelwerk, welches massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Kommunen hat.

ANSPRECHPARTNER



Prof. Dr. Erik Schweickert Mdl

Vorsitzender des Arbeitskreises
Landesentwicklung und Wohnen
erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9105



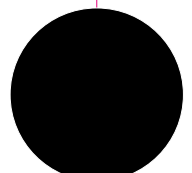
Friedrich Haag Mdl

Wohnungsbaupolitischer Sprecher
friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9240



Dr. Christian Jung Mdl

Stv. Vorsitzender des Ausschusses für
Landesentwicklung und Wohnen
christian.jung@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9250



Andreas Goffin

Parlamentarischer Berater
andreas.goffin@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9048

Der Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan prägt ein Land über viele Jahre. Er ist ein wichtiges Regelwerk der Raumordnung. Durch den LEP werden auf Landesebene wichtige Leitplanken für Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft, aber auch Verkehr oder Wohnen geschaffen.

Der baden-württembergische LEP stammt aus dem Jahr 2002 und ist bereits jetzt der älteste in Deutschland. Es ist daher höchste Zeit, dass er neu erarbeitet wird, um aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden. Doch mussten wir erfahren, dass das eigens geschaffene Ministerium nicht beabsichtigt bis Ende der Wahlperiode die Erarbeitung abzuschließen. Der Grund dafür ist einfach: Zu lange hat der Aufbau des neuen Ministeriums gebraucht.

Die Neuaufstellung unterstützen wir, jedoch braucht es mehr Tempo! Bezeichnend ist: Die für Herbst angekündigte Bürgerbeteiligung zum LEP startet erst im Dezember. Der LEP kann wichtige Impulse für Wirtschaft und Tourismus setzen. Auch kann er dazu beitragen, Interessenskonflikte zwischen der Flächennutzung für

Energiewirtschaft, Industrie, Wohnraum oder Landwirtschaft zu vermeiden. Uns ist wichtig, dass der neue LEP alle Interessen gleichzeitig wahrt. Daher lehnen wir z. B. dogmatisch festgeschriebene Flächenverbrauchsdaten ab, denn vor Ort kann am besten entschieden werden, ob und wie viel Bauland ausgewiesen werden sollte.

Informationen über den aktuellen Stand des namensgebenden Projekts des Ministeriums erhält die Öffentlichkeit jedoch nur in homöopathischen Dosen. Wir wissen, dass Gutachten vorliegen, jedoch gibt sich das Ministerium bedeckt, bezüglich der Inhalte. Diese widerwillige Informationspolitik ist wie das mangelnde Tempo fragwürdig. Wir müssen leider festhalten: **Die Ministerin wird der großen Aufgaben nicht gerecht.**

ARBEITSKREIS

Landesentwicklung und Wohnen

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Erik Schweickert MdL
Friedrich Haag MdL
Dr. Christian Jung MdL

INITIATIVEN

- » Wohnungen für Fachkräfte und Gewerbeflächen für Unternehmen – was leistet das MLW für die Wirtschaft? [Drucksache 17/5654](#)
- » Gutachten zum Landesentwicklungsplan [Drucksache 17/5127](#)
- » Rolle der Regionalverbände bei der Landesentwicklungsplanung [Drucksache 17/2260](#)
- » Angekündigte Überarbeitung der Landesentwicklungsplanung [Drucksache 17/424](#)